

## Nein zu Militarisation und Wehrpflicht – Sozialleistungen statt Krieg

Von dieser internationalen Antikriegskonferenz aus erheben wir gemeinsam unsere Stimmen: gegen Krieg und Völkermord, gegen die wachsende nukleare Bedrohung und für den Frieden. Wir sind zusammengekommen, um Alarm zu schlagen: um den Weg in den Krieg, sowie den Nationalismus und Rassismus, die er schürt, zu stoppen. Gemeinsam sagen wir Nein zu Aufrüstung und Kriegsdienstpflicht und Ja zu gut finanzierten Gesundheits-, Bildungs- und öffentlichen Dienstleistungen, menschenwürdigen Arbeitsplätzen und höheren Löhnen.



Wir verurteilen die Komplizenschaft der Regierungen, die den Völkermord in Palästina ermöglicht haben und weiterhin ermöglichen, die das schreckliche Blutbad angeheizt und einen Waffenstillstand in der Ukraine verhindert haben, die den souveränen Iran, den Libanon und den Jemen angegriffen haben und weiterhin weltweit Krieg führen und militärisch intervenieren. Millionen Menschen sind dadurch gestorben oder wurden verwundet, die Infrastruktur wurde zerstört, und Leben, Chancen und Hoffnungen wurden zunichte gemacht – alles nur, um das kapitalistische System zu retten, das Krieg und Barbarei hervorbringt.

Wir akzeptieren den Abstieg in Chaos und Krieg nicht, der zum großen Teil dem US-Imperialismus zuzuschreiben ist. Wir lehnen Trumps politische und militärische Einmischung in Venezuela sowie seine Kriegstreiberei gegenüber Kuba entschieden ab und bekräftigen unsere Solidarität mit den Völkern aller Länder, die von Trump und seinen Verbündeten bedroht werden.

Wir verurteilen zudem die Rolle europäischer Regierungen, insbesondere derjenigen unter Starmer, Macron und Merz, für die Eskalation des Kriegskurses: Wir lehnen ihre aktiven Kriegsvorbereitungen ab, die auf unserem gesamten Kontinent stattfinden, ebenso wie die ständig steigenden NATO-Militärausgaben. und wir verpflichten uns, uns dagegen zu wehren und diese Entscheidung rückgängig zu machen.

Wir lehnen den Verfall unserer Gesellschaften ab, der durch die Plünderung öffentlichen Reichtums aus unseren Gemeinden und öffentlichen Diensten zugunsten der Waffenhersteller verursacht wird. Wir lassen uns nicht von der falschen Darstellung täuschen, dass Ausgaben für Waffen unsere Industrien und Volkswirtschaften wiederbeleben würden. Wir werden den gewerkschaftlichen Widerstand gegen Militärausgaben unterstützen und fördern.

Wir unterstützen echte Investitionen in unsere Gesellschaften, um den arbeitenden Menschen und unseren vielfältigen Gemeinschaften echte Sicherheit zu bieten: für unsere Gesundheitssysteme, für angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen, für Verkehr, Bildung und Wohnraum. Wir werden die Wehrpflicht und die Militarisation des Bildungswesens nicht akzeptieren: Wir werden nicht zulassen, dass unsere Söhne und Töchter ausgesandt werden, um zu töten und getötet zu werden.

Wir stehen vor enormen Schwierigkeiten und beispiellosen Herausforderungen. Heute erkennen wir, dass der einzige Weg, um gegen die mächtigen Kräfte, die sich gegen uns stellen, wirksam vorzugehen, darin besteht, uns international zu organisieren und strategisch im Interesse der Menschen zu arbeiten und zu handeln. Solidarität ist entscheidend, aber ebenso wichtig ist die internationale Koordination gemeinsam mit der Arbeiterbewegung, um die kriegstreiberische Regierungen und steigende Militärausgaben zurückzuschlagen. Wir werden zusammenarbeiten, einen Plan entwickeln, um das umzusetzen

Der Aufbau dieser Bewegung ist unerlässlich, um eine Zukunft für unseren Planeten und für die Menschheit zu sichern. Das ist unser Versprechen hier heute: eine nicht aufzuhaltende Bewegung für den Frieden und gegen das imperiale Projekt der USA zu organisieren und für das Leben und den Lebensunterhalt aller arbeitenden Menschen sowie für eine andere, bessere Welt zu kämpfen.

### Wir rufen zur Teilnahme an folgenden Aktionen auf:

- 10. Oktober für Palästina, um drei Jahre Völkermord und Jahrzehnte der Besatzung und Apartheid zu beenden,
- Aktionswochenende gegen Militarisation und Kriegsdienstpflicht: 21./22. November,
- Nehmt am Aktionstag der Hafentarbeiter\*innen gegen den Krieg im Oktober teil (Termin wird noch bekannt gegeben).

Und wir rufen dazu auf, das Konferenzlogo – aus Paris und London – zu verbreiten, um unseren Aktionen internationale Sichtbarkeit und Substanz zu verleihen und Treffen und Initiativen zu unterstützen, die diesen Aufruf fördern.

**London, 19 Juni 2026**

## No to militarisation and conscription Welfare not warfare

From this International Anti-War Conference we raise our united voices: against war and genocide, and the growing nuclear threat, and for peace. We have come together to raise the alarm: to halt the drive to war, and the nationalism and racism that it breeds. Together we say no to rearmament and conscription, and yes to well-funded health, education and public services, decent jobs, and higher wages.

We recognise and condemn the complicity of the governments that have facilitated and continue to enable the genocide in Palestine, that have fuelled the horrific bloodbath and obstructed a ceasefire in Ukraine, that have attacked sovereign Iran, Lebanon and Yemen, and continue to engage in war and military intervention across the globe. Millions are dead and wounded as a result, infrastructure destroyed, and lives, opportunities and hopes devastated, to save the capitalist system that breeds war and barbarism.

We do not accept the descent into chaos and war, much of which can be laid at the door of US imperialism. We absolutely reject Trump's political and military intervention in Venezuela, his warmongering towards Cuba, and we affirm our solidarity with the peoples of all countries threatened by Trump and his allies.

We also recognise and condemn the role of European governments, in particular those of Starmer, Macron and Merz, in escalating the drive to war: we reject their active preparation for war, taking place across our continent, the constantly increasing NATO military spending, and we commit to opposing and reversing it.

We reject the degeneration of our societies caused by the plunder of public wealth from our communities and public services into the pockets of the arms manufacturers. We are not fooled by the false narrative which says that spending on weapons will regenerate our industries and economies. We will support and encourage trade union opposition to military spending.

We support real investment into our societies, to provide genuine security for working people and our diverse communities: for our health care systems, for decent wages and working conditions, transport, education and housing. We will not accept military conscription and the militarisation of education: we will not allow our sons and daughters to be sent to kill and be killed.

We face formidable odds and unprecedented challenges. Today we recognise that the only way to be effective against the powerful forces ranged against us, is to be internationally organised and to work and act strategically in the interests of the people. Solidarity is crucial, but so too is international coordination, together with the labour movement, to fight back against warmongering governments and increased military spending. We will work together to develop a framework to take that forward.

Building this movement is essential to secure a future for our planet, for humanity. This is our pledge here today: to organise an unstoppable movement for peace, against the US imperial project, and to fight for the lives and livelihoods of all working people, for another better world.

### We call for participation in:

- 10 October for Palestine, to end three years of genocide and decades of occupation and apartheid,
- Weekend of action against militarisation and conscription: 21/22 November,
- Join the day of action of the dockworkers against war, in October (date to be confirmed).

And we call for the conference logo – from Paris and London – to be promoted, to give our actions international visibility and content, and to support meetings and initiatives promoting this call.

**London, 19 June 2026**

